



**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

**GEORGENSMÜND**



# WAHLPROGRAMM KOMMUNALWAHL 2020

UNSER GMÜND:  
UMWELTBEWUSST,  
ZUKUNFTSORIENTIERT UND  
GENERATIONENGERECHT!

# UNSERE ZIELE IN DER ORTSENTWICKLUNGS- UND BAULANDPOLITIK

## Wir wollen

- ein Ortsentwicklungskonzept als Grundlage der weiteren Siedlungspolitik - den Flächenverbrauch reduzieren
- den Ortskern neu beleben und Leerstände aktiv angehen
- bezahlbaren – sozial geförderten – Wohnraum herstellen
- weiterhin kein Gewerbegebiet an der B2, keine Bebauung am nördlichen Talbuck

## Was meinen wir damit?

Georgensgmünd ist eine attraktive Gemeinde. Die gute Anbindung an Straßen und an die Bahn ist für Pendler ideal, die Möglichkeit, hier zu arbeiten, und zu leben bietet exzellente Perspektiven. Die Ausweisung von Baugebieten scheint hier zwangsläufig. Diese Notwendigkeit sehen auch wir, allerdings nicht in dem Maße, wie es in den letzten Jahren vollzogen wurde.

Grundlage für unser siedlungspolitisches Handeln sollte nicht die Nachfrage nach Bau- und / oder Gewerbegrundstücken sein. Sondern ein von uns entwickeltes Konzept, worin festgelegt wurde, wohin und mit welcher Bevölkerungs – und Gewerbegebietsgröße wir Georgensgmünd entwickeln wollen. Der Bedarf an Ansiedlungen muss von uns durchdacht sein in

verschiedener Hinsicht: Die Berücksichtigung von Baulücken, bestehende und zu erwartende Leerstände von Gebäuden und die Berücksichtigung demografischer Entwicklungen gehören dazu.

Damit konform gehen muss auch unsere Infrastruktur. Es ist für uns kein Gewinn, wenn immer neue Baugebiete am Ortsrand entstehen, im Kern aber leere Häuser immer häufiger werden.

Die hohe Zahl von Neubürgern überdeckt darüber hinaus die eigentliche demografische Entwicklung: Die Bevölkerung schrumpft ohne diese Zuzüge. Eine hohe Anzahl von Zuzügen bedingt beispielsweise größere Kapazitäten bei Kindergärten und Schulen. Im schlechtesten Fall müssen hier Investitionen getätigt werden, die aber im Falle geringerer Nachfrage nach Bauland (steigende Zinsen, Rezession) nicht mehr gerechtfertigt sind. Das bedeutet teure Überkapazitäten in der Infrastruktur.

Mit einer planvollen und behutsamen Ausweisung von Bauland kann solchen „Blasen“ entgegengewirkt werden. Bei Eingriffen in Natur und Landschaft ist gesetzlich ein Ausgleich erforderlich. Sonst würde die Situation beim Landschaftsschutz immer schlechter werden. Die dafür benötigten Ausgleichsflächen sollten vorrangig auf gemeindlichem Grund ausgewiesen werden und nicht zu Lasten anderer Gemeinden gehen.

Darüber hinaus müssen wir uns gewahr sein, dass die Fläche Georgensgmünds endlich ist. Wir verwalten heute die Fläche für unsere Nachkommen. Diese möchten nicht nur unsere Altlasten beseitigen, sondern auch selbst noch Gestaltungsmöglichkeiten haben.

Das vernünftige Wirtschaften im Gemeindehaushalt ist für den Rat selbstverständlich, das vernünftige Wirtschaften mit den Flächen spielte bislang nur eine untergeordnete Rolle. Die nachfrageorientierte Baulandpolitik, die sich mit dem Satz „*wir brauchen mehr*“ beschreiben lässt, muss beendet werden und einer strukturierten Herangehensweise weichen. Dafür stehen starke GRÜNE.

All das bedeutet: Wir müssen auf den vorhandenen Flächen mehr Raum schaffen als bislang und andere Baukriterien aufstellen, also dichter und höher bauen. Wir können nicht mehr länger dieselbe Baupolitik betreiben wie im letzten Jahrtausend. Das 21. Jahrhundert sollte baupolitisch längst auch in Gmünd Einzug gehalten haben.

Gleichzeitig fehlt in Georgensgmünd ein Leerstandskataster, das aufzeigt, wo welche Baulücken in welcher Größe sich befinden und wo Gebäude leer stehen etc. Die Gemeinde könnte gleichzeitig ein Förderprogramm auflegen, das den Erwerb von Bestandsimmobilien durch junge Familien besonders unterstützt.

Dass im Kernort etliche Geschäfte leer stehen, ist ein sehr bedauerlicher Umstand. Jeder Kommunalpolitiker wünscht sich einen lebendigen Ortskern, allein die großen Verbrauchermärkte ziehen die Einkaufenden an die Ortsränder. Dies zeigt den Irrwitz der bisherigen Politik: Das Schaffen einer Flut von Baugebieten am einen Ortsrand für Menschen, die dann per Individualverkehr durch den ganzen Ort fahren müssen, um sich am anderen Ortsrand mit Lebensmitteln zu versorgen. Nirgends wird das

Kernproblem so deutlich wie hier. Deshalb müssen wir versuchen, Geschäfte in das Zentrum zu bringen, möglicherweise Spezialgeschäfte, die nicht direkt mit den großen Märkten in Konkurrenz stehen oder den Menschen die Möglichkeit bieten, einen bewussten Gegenakzent zu setzen, wie es beispielsweise die „unverpackt“-Läden schaffen. Es gibt viele Möglichkeiten. Parallel dazu sollte man versuchen, bei Leerständen attraktiven Wohnraum im Innenort zu schaffen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist der „sozial geförderte Wohnungsbau“. Häufig sind Menschen mit dem Eintritt ins Rentenalter von Altersarmut bedroht. Wer sich die Miete nicht mehr leisten kann, muss sich ein neues Umfeld suchen, im schlechtesten Fall wegziehen. Auch manche junge Menschen oder Familien am Beginn ihrer beruflichen Entwicklung können sich am regulären Mietmarkt nicht versorgen.

Dem wollen wir entgegenwirken durch ein Mindestangebot an bezahlbarem Wohnraum. Die Gemeinde Georgensgmünd hat, wie viele andere Kommunen auch, den „sozial geförderten Wohnungsbau“ verschlafen. Und: In den letzten Jahrzehnten wurden gemeindliche Sozialwohnungen abgerissen und es wurde dafür kein Ersatz geschaffen. Hier besteht dringender Nachholbedarf.

Die Fraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN hat das Thema bereits nach Bekanntwerden eines entsprechenden Förderprogramms im März 2016 auf den Tisch gebracht und wurde dafür von jenen Gruppierungen nicht ernst genommen, die das Thema verschlafen haben. Mittlerweile hat allerdings ein Umdenken stattgefunden und man ist sich darüber nahezu einig, dass Handlungsbedarf

besteht. Doch noch immer geht es nur schleppend voran. Vom „sozial geförderten Wohnungsbau“ profitieren indes nicht nur Senioren; Alleinerziehende mit Kindern, Familien unterschiedlicher Schichten sind davon betroffen, je nach Einkommenssituation. In den „sozial geförderten Wohnungsbau“ zu investieren ist eine Zukunftsinvestition in den sozialen Frieden.

Dass wir einem Gewerbegebiet an der B2, wie es vor etlichen Jahren bereits angedacht war, eine Absage erteilen würden, steht außer Frage. Auf dem Gebiet der Gewerbeansiedlung sollte der interkommunale Gedanke intensiver verfolgt werden. Wir wollen jedenfalls nicht, dass jetzt, wo die Bundesstraße ausgebaut wurde, das „Gewerbegebiet-an-der-B2-Kaninchen“ wieder aus dem Hut gezaubert wird.

Das Waldstück am „Nördlichen Talbuck“ war über die Jahre hinweg im Flächennutzungsplan nicht zur Bebauung vorgesehen. Das war gut so. Mittlerweile hat sich auf der rund 1 ha großen Fläche ein Biotop entwickelt, welches verschiedenen Arten Schutz bietet. Je größer Gmünd in der Fläche gewachsen ist, desto wichtiger werden solche kleinen Oasen innerhalb des Ortes. Dass vernünftige Stadtplaner solche Waldstücke und Grünflächen innerorts regelmäßig erhalten wollen, weil dies auch hinsichtlich des Mikroklimas bedeutsam ist z.B. auch hinsichtlich Staub und Schall, spricht Bände. Die Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde war jedenfalls eindeutig. Das Thema ist damit nur auf Eis gelegt. Völlig verworfen ist es nicht.

# UNSERE ZIELE FÜR ENERGIEWENDE UND KLIMASCHUTZ



## Wir wollen

- konkrete Klimaziele für die Gemeinde setzen und umsetzen
- Klimaschutz zu einem Kriterium der Entscheidungen im Rat werden lassen
- mehr blühendes gemeindliches Grün statt kurz gemähte Rasenflächen
- das Angebot der Gemeindewerke an Ökostrom ausbauen
- eine Strategie gegen Plastikmüll gemeinsam mit der Bevölkerung erarbeiten

## Was meinen wir damit?

Fragen wir erstmal, wie Sie das sehen: Stellen Sie sich auch die Frage des Klimawandels oder sehen Sie gar eine Klimakatastrophe auf uns zukommen? Oder meinen Sie, wie der amerikanische Präsident Trump, dass die Erderwärmung eine Erfindung der Chinesen ist?

Ein renommierter Klimaforscher, Professor Schellnhuber vom Potsdam Institut verglich vor Kurzem unsere Erde mit einem auf hoher See Leck geschlagenen Schiff. Da spiele es keine Rolle, ob es auf dem Schiff schlechtes Essen gäbe, die Matrosen ausgebeutet werden oder die Musikkapelle miserable Musik spielt. Einziges Ziel sei es, alles dafür zu tun, das Schiff über Wasser zu halten. Er verglich die Körpertemperatur des Menschen mit der Temperatur der Erde. 2 Grad mehr bedeute Fieber, noch höhere Temperatur führe zum Tod. Es lohne sich, um jedes Zehntel Grad zu kämpfen, damit die Menschen auf den

Inselstaaten, neben den schon bekannten Auswirkungen, nicht vielleicht schon in 30 Jahren wegen unserem ungezügelter Verhalten ihre Heimat verlassen müssen. Insgesamt könnten davon bis zu 3,5 Milliarden Menschen betroffen sein, die sich eine neue Heimat in den nicht überfluteten Ländern suchen müssten. Das heißt, die Frage ob der Klimawandel menschengemacht ist oder nicht, wer das also verursacht hat, ist völlig sekundär. Einzig die Frage, was wir dagegen tun können, zählt.

Wie erklären wir unseren Kindern und nachfolgenden Generationen unsere Untätigkeit und unser maßloses Verhalten? Wir können viel tun, privat im Kleinen, auf kommunaler Ebene im Gemeinderat und natürlich in der großen Politik müssen endlich Weichen gestellt und Beschlüsse gefasst werden.

Als Gemeinderat beschlossen wir am 09.01.2013, die Senkung des Energieverbrauchs um 30% und die Verdoppelung des Anteils der Erneuerbaren Energien bis 2030 gegenüber dem Referenzjahr 2010 zu erreichen. Ergebnisse oder Fakten können wir bislang nicht vorweisen. Mehrfach haben wir in der Vergangenheit auf diesen Umstand hingewiesen, nur wurde die Klimapolitik auf Gemeindeebene eher als eine Art Feigenblatt gesehen, „nice-to-have“ - aber nicht zwingend nötig. Die Gemeinde muss ihre Handlungsbereitschaft zeigen.

Wir können gerade vor Ort etliches tun, nur müssen wir uns auch dazu anspornen. Dies gelingt durch erreichbare nachprüfbar Ziele und ein Gesamtkonzept. Darin enthalten könnten Einzelmaßnahmen aufgeführt sein, wie z.B. die Senkung des Energieverbrauchs auf x % von heute. Ein weiteres Ziel wäre, dass

die Gemeinde selbst im Jahr 2022 zu 100 % Ökostrom bezieht (und das Angebot der Gemeindewerke daran für die Bevölkerung deutlich ausbaut!). Hinzu kommen die Umstellung auf alternative Energiequellen und energiesparender Ersatz von Endgeräten in kommunalen Gebäuden. Dies bedeutet, dass Nachhaltigkeit zu einem Kriterium in der Beschaffung werden muss (siehe unten), und auch bei Ausschreibungen zwingend ein Kriterium werden muss. Nicht vergessen sollte man, dass Klimaschutz bereits bei der Stadtplanung beginnt.

Wir müssen uns auch Fragen, wie Gmünd auf mögliche spezielle Problemstellungen vorbereitet ist, die der Klimawandel mit sich bringt: Hitzewellen, die wiederkehren, stellen die Frage nach Kühlung und Beschattung von Gebäuden oder der robusten Bepflanzung des öffentlichen Raumes. Wie sind wir vorbereitet auf Dürreperioden und wie kann die Gemeinde in solchen Phasen den gebeutelten Landwirten helfen?

Der Anteil der E-Mobilität bei den kommunalen Fahrzeugen sollte erhöht werden – wo das möglich ist. Gut möglich ist es beim Dienstfahrzeug des Bürgermeisters. Repräsentationsgründe sind heute kein Kriterium mehr für ein Fahrzeug. Repräsentation wird durch sparsamen Energieverbrauch gezeigt. Auch Dienstfahrräder, gerne auch in E-Bike-Version, sollten Selbstverständlichkeit werden.

Durch Einsatz unseres Gemeinderatsmitglieds Jürgen Richter ist die Gemeinde Georgensgmünd schon seit 1996 gehalten, bei der Schädlingsbekämpfung kein Glyphosat mehr einzusetzen. Unser Ziel sollte sein, auf Grün- und Freiflächen keinerlei Pestizide mehr einzusetzen und dies durch Beitritt zum Verband der „Pestizidfreien Kommunen“ zu manifestieren.

In dieser Wahlperiode brachten wir einen Antrag ein, der für mehr Blühflächen in der Gemeinde sorgen sollte. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit des Gemeinderates abgelehnt. Stattdessen wurde ein Arbeitskreis gegründet, dessen einziges messbares Ergebnis nach einem halben Jahr (Stand Ende September 2019) eine geführte Wanderung gewesen ist. Im Oktober gab es erste, zumindest programmatische Fortschritte. Konkrete Ergebnisse allerdings gab es bis zur Drucklegung dieses Programms nicht. Wir GRÜNE wollen mit Klimapolitik aber etwas verändern.

Nachstehend der (zu unserem Unverständnis abgelehnte, aber wohl „zu grüne“) Antrag im Wortlaut:

*Sachverhalt: Das Volksbegehren „Artenvielfalt“ hat in Georgensgmünd eine Zustimmungsrate von annähernd 20 % erreicht und damit fast die doppelte Zahl der benötigten Unterzeichner. Es wäre wünschenswert, dieses Engagement der Bevölkerung nicht verpuffen zu lassen. Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt,*

- a) zu verdeutlichen, dass das praktische Handeln gegen das Artensterben auch vor Ort keinesfalls allein der Landwirtschaft obliegt, sondern dass Jedermann etwas tun soll*
  
- b) die Bevölkerung im Rahmen einer Aktion „Gmünd blüht auf“ (o.ä.) dazu aufzurufen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten tätig zu werden, zum Beispiel durch die Anlage von Blühflächen oder die Übernahme von Patenschaften für öffentliche Grünflächen*

*c) gleichzeitig sollte die Gemeinde Georgensgmünd mit gutem Beispiel vorangehen, Blühflächen definieren und solche für die Öffentlichkeit gut wahrnehmbar anlegen.*

*Antrag:*

- 1. Ein Aufruf an die Bevölkerung zu einer gemeinsamen Aktion wie oben beschrieben ist zu starten; in diesem sollen auch die Patenschaften für öffentliche Grünflächen angeboten werden*
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, Blühflächen zu definieren und solche für die Öffentlichkeit gut wahrnehmbar anlegen zu lassen.*

Letztendlich sehen wir auch in unserer Gemeinde die überbordende Plastikflut. Die öffentlichen Mülleimer quellen oft über, gelbe Säcke stapeln sich. Es geht dabei nicht nur um die sichtbare Verschmutzung der Gemeinde und berüchtigte Strudel aus Plastik im Meer – ein Hauptproblem ist das Mikroplastik, das sich in menschlichen und tierischen Körpern nachweisen lässt und seinen Kreislauf vom öffentlichen Gmünder Haushalt über Kläranlage, Rednitz, Regnitz, Main, Rhein und Nordsee über den Fischfang zurück auf den Tisch in Gmünd findet. Es kann also gut sein, dass Sie im Laufe Ihres Lebens dasselbe Stück Mikroplastik mehrfach verzehren. Deshalb sollten wir in Gmünd selbst aktiv werden. Dies bedingt den politischen Willen von einem Ratsbeschluss zu einem „plastikfreien Georgensgmünd“, vor allem braucht es grundlegende Ideen. Wir sind der Meinung, dass als Basis ein Konsens zwischen Bürgern, Gemeinde und

Wirtschaft hergestellt werden muss. Ein weiterer Schritt in die richtige Richtung sind Trinkwasserspender in öffentlichen Gebäuden ohne Becherfunktion. Gleiches könnte man als Trink- und Nachfüllstation am Bruckespan und insbesondere in der Schule installieren, um vorhandene Flaschen aufzufüllen und keine neuen zu kaufen. Die Gemeinde als Vorbild kann ihre Veranstaltungen plastikfrei und umweltfreundlich gestalten und so Vereinen als Ansprechpartner dienen. Jedes Stück Plastik, das vermieden wird, ist gut. „Plastikfreie Gemeinde“ wird man nicht von heute auf morgen und genaugenommen ist der Weg dabei das Ziel, aber im Lauf der Zeit – nach und nach – lässt sich gemeinsam eine Verbesserung erreichen.

Wir als GRÜNE wollen weiter auf verschiedensten Ebenen daran arbeiten, unser Schiff Erde nicht untergehen zulassen.

UNSERE ZIELE  
FÜR EINE  
UMWELTSCHONENDE  
MOBILITÄT

## Wir wollen

- sichere Radwege auch im Innenort voranbringen
- mehr Abstellmöglichkeiten für Fahrräder anbieten
- den öffentlichen Personennahverkehr ausbauen und preiswerter machen
- ein Car-Sharing-Angebot für Gmünd entwickeln

## Was meinen wir damit?

Es ist erfreulich, wie unser Radwegenetz in Gmünd sich vergrößert hat. Hauslach, Rittersbach und Weinmannshof sind angebunden, die Verbindung durch Petersgmünd ist schon lange avisiert, aber nicht realisiert; ähnlich die Situation nach Untersteinbach. Ein Kernproblem für Radfahrer bleiben aber die Hauptstraßen im Innenort. Dies ist insofern „tricky“, weil diese Straßen keine Gemeindestraßen, sondern Kreis- und Staatsstraßen sind. Wir als Gemeinde müssen uns allerdings fragen, wie wir den Radfahrer sicher vom einen Punkt Gmünds zum anderen bringen können. Je mehr Menschen das Fahrrad, E-Bike, Lastenrad etc. verwenden, desto besser für die Umwelt, für die Anwohner, für die eigene Gesundheit als Nutzer. Also brauchen wir einen Plan, wie sich ein Radwegenetz in Gmünd gestalten ließe, auf welchen Routen man von A nach B kommen könnte und welche Alternativrouten es gäbe. Je sicherer die Radwege werden, desto mehr Menschen bekommen wir aufs Rad.



Je mehr Menschen aufs Rad kommen, desto mehr Abstellmöglichkeiten brauchen wir für Fahrräder. Diese müssen vor jedem öffentlichen Gebäude in ausreichender Anzahl angeboten werden, auch zentrale Lösungen sind denkbar.

Einher gehen muss damit auch die Weiterentwicklung des Öffentlichen Personennahverkehrs. Das 365-€Ticket der VGN ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir die Ortsteile besser anbinden. Nur wenn der ÖPNV eine echte Alternative ist, kann man auch in den Ortsteilen leichter auf den ÖPNV umsteigen. Dies wird sich wahrscheinlich weniger mit dem regulären Linienverkehr, sondern eher mit einem Anruf-Sammeltaxi gestalten lassen. Im Falle von Einkaufsfahrten ist es schon fast ketzerisch zu glauben, dass der umgekehrte Weg erfolgversprechend sein könnte: Dass nämlich die Waren, per Sammelbestellung transportiert, zu den Kunden kommen. Ein Fahrzeug, das die Waren für fünf oder sechs Kunden transportiert, ist besser als fünf Fahrzeuge, die die Waren einer Person transportieren.

Letztlich wäre es wünschenswert, wenn sich auch in Gmünd „Carsharingsysteme“ etablieren würden; dies zu unterhalten ist natürlich nicht Sache der Gemeinde. Es zu forcieren und zu unterstützen allerdings schon. Das System „Carsharing“ ist vielerorts bereits erfolgreich; gerade in einem Ort, der noch dörfliche Strukturen hat wie in Gmünd, könnte dies in bestimmten Ortszellen funktionieren. Wir GRÜNE stehen dem sehr aufgeschlossen gegenüber.

UNSERE ZIELE  
FÜR LEBENSQUALITÄT  
FÜR FAMILIEN,  
KINDER UND  
JUGENDLICHE

## Wir wollen

- bedarfsgerechte Betreuungsangebote für Kinder weiterentwickeln
- umgebungsnahe wie attraktive Spielplätze und Freiräume für Jugendliche schaffen
- einen Jugendbeirat mit eigenem Budget etablieren

## Was meinen wir damit?

Gmünd ist bei Familien als Wohnort sehr beliebt. Dies stellt enorme Anforderungen an unsere Infrastruktur hinsichtlich der Kinderbetreuung. Der laufenden Erweiterung von Kindertagesstätten steht gegenüber, dass dieses Wachstum in erster Linie dem Zuzug von Neubürgern geschuldet ist. Die Gmünder Bevölkerung schrumpft statistisch gesehen.

Das bedeutet, dass wir möglicherweise Betreuungsangebote schaffen, für die in der Zukunft kein Bedarf mehr vorhanden sein wird. Diese Gefahr besteht, weshalb eine maßvolle Baulandpolitik die Grundlage bilden sollte. Dort, wo solche Überkapazitäten vorgefunden werden, wurden in der Vergangenheit Fehler durch eine falsche Siedlungs- und Baulandpolitik gemacht.

Dennoch ist es wichtig, für die hier lebenden Kinder Betreuungsangebote vorzuhalten, die der Lebenswirklichkeit der Menschen entsprechen in Erreichbarkeit, Größe, Öffnungszeiten und Kosten.

Wir halten die Idee eines Hortes, der auch in den Ferien geöffnet hat, nach wie vor für praktikabel und für ein Angebot, das

berufstätigen Eltern hilfreich sein kann, insofern der Bedarf vorhanden ist. Betreuungsangebote, die am tatsächlichen Bedarf vorbei gehen, helfen uns nicht weiter.

Nach wie vor sind wir die Partei der Familien und damit auch der Spielplätze. In jeder Haushaltsberatung achten wir darauf, dass hierfür ausreichend Mittel bereitgestellt bleiben. Spielplätze müssen in ausreichender Zahl vorhanden sein, in möglichst unmittelbarer Nähe. Dabei unterliegen auch Spielplätze einer Dynamik, die beachtet werden muss: Leben sehr viele Kleinkinder in dem Gebiet, so müssen andere Spielgeräte aufgestellt werden als für etwas ältere Kinder. Entscheidend ist, dass die Spielgeräte funktionieren und bisweilen ausgetauscht werden.

Der im Bebauungsplan am Geißleitenbuck verbindlich gewordene Spielplatz wurde nie verwirklicht. Die versprochene Umsetzung als Waldspielplatz steht noch immer aus. Wir setzen uns dafür ein, dass er auch gebaut wird.

In Mehrfamilienhäusern mit mehreren Wohnungen sind Kinderspielplätze auf dem Baugrund nach der Bayerischen Bauordnung zwingend vorgeschrieben. Die Gemeinde muss hier zukünftig größeres Augenmerk darauf legen, dass dies eingehalten wird.

Beim Kindergarten „Am Berg“ wurde der großzügige Spielplatz zugunsten der Erweiterung der Kindertagesstätte auf ein Mindestmaß zurückgestutzt, aber keinerlei Ersatz dafür geschaffen. Hier ist auf jeden Fall ein Nachholbedarf vorhanden.

Wir brauchen auch Plätze für Jugendliche, an denen sie sich aufhalten können. Im Baugebiet „Bleichel“ musste ein Bolzplatz wegen Nachbarbeschwerden zurückgebaut und verlegt werden. Freiräume für Jugendliche sind aber nicht minder wichtig. Deshalb ist es wichtig, hier mit der Jugend geeignete Möglichkeiten zu entwickeln.

Wir hatten zur letzten Wahl 2014 die Forderung nach Jungbürgerversammlungen aufgestellt, die unser Bürgermeister aufnahm und umsetzte, wofür ihm Lob gebührt.

Wir glauben aber, dass ein loses Forum alleine nicht ausreicht, um den Jugendlichen ihren Platz in der Gmünder Gesellschaft zu sichern. Angesichts einer älter werdenden Gesellschaft scheint es uns GRÜNEN sinnvoll, wenn dem gewichtigen Seniorenbeirat ein von den Kindern und Jugendlichen gewählter Jugendbeirat gegenübergestellt wird, der die Schnittstelle des Gemeinderats und der Verwaltung zur Jugend bietet und über Stimmung und Bedürfnisse Bescheid weiß. Um auch eigene Veranstaltungen – in Absprache mit der Verwaltung – durchzuführen, muss dieser Jugendbeirat über ein kleines eigenes Budget verfügen können. Wir wollen den Jugendlichen nicht nur Möglichkeiten schaffen, sondern auch Verantwortung für ihren Ort geben.

UNSERE ZIELE  
FÜR  
GESELLSCHAFTLICHEN  
ZUSAMMENHALT  
IM  
DEMOGRAFISCHEN  
WANDEL

## Wir wollen

- die gesellschaftliche Vielfalt schützen und stärken
- Teilhabe auch mit kleinem Geldbeutel ermöglichen
- die Barrierefreiheit weiter ausbauen
- seniorengerechte und alternative Wohnformen entwickeln
- SeniorInnen mit jüngeren Menschen vernetzen

## Was meinen wir damit?

Eine Gesellschaft ist ein sensibles Gebilde mit feinen seismographischen Antennen. Dabei ist Georgensgmünd ein Ort, der dörflich geprägt, der aber von seiner Entwicklung bei einer Kleinstadt angelangt ist. Deutlich spüren das die Vereine, denen der Nachwuchs zu fehlen beginnt. Vereine sind in einer Gesellschaft von Individualisten nicht mehr so angesagt, wie das früher war. Unsere Vereine bereichern mit ihren Tätigkeiten das gesellschaftliche Leben; ohne sie wären weder Weihnachtsmarkt noch Wasserradfest denkbar. Ohne unsere Feuerwehr würde Menschen in Not nicht geholfen; ohne die Wasserwacht Ertrinkende nicht gerettet. Es liegt im ureigensten Interesse der Gemeinde, Vereine zu unterstützen. Das tun wir.

Genauso wichtig ist es aber, Gesellschaft jenseits der Vereine zu denken: Wer bei uns lebt, gehört zu uns. Das gilt für Menschen mit Migrationshintergrund wie für Schwule, Lesben und Transgenderpersönlichkeiten, unabhängig von ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft oder des Vermögens. Es geht darum, Toleranz zu üben. Toleranz bedeutet, etwas zu akzeptieren und zu dulden, was

man irgendwie doch ablehnt. Das sind schwere Übungen. Aber eine bunte Gesellschaft kann sehr bereichern.

Allerdings gibt es auch eine falsch verstandene Toleranz: „Dulden“ heißt nämlich nicht „leiden“. Das heißt, dass eine intakte Gesellschaft auch klare Grenzen braucht hinsichtlich jenen, die ihr schaden oder schaden wollen. Sie braucht Menschen, die zusammenstehen gegen die diversen Gefahren und die genügend Courage haben, auch aufzustehen, wenn es darauf ankommt.

Nach einer Idee unseres Fraktionssprechers Gerd Berghofer beschloss der Gemeinderat den Beitritt Georgensgmünds zur „Allianz gegen Rechtsextremismus“. Gelebt wird diese Mitgliedschaft bislang kaum. Es wäre wünschenswert, ja sogar notwendig, dies zu forcieren, z.B. durch gelegentliche Veranstaltungsangebote.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt generiert sich aber nicht nur durch Willen und Anschauung, sondern auch durch finanzielle Möglichkeiten.

Wie oben beim sozial geförderten Wohnungsbau geschildert, wird die Anzahl derer, die in der Zukunft mehr aufs Geld achten müssen, größer. Es gilt der alte Satz von der Kette, die nur so stark ist wie ihr schwächstes Glied.

Deshalb müssen wir darauf achten, dass Teilhabe auch bei kleinem Geldbeutel möglich bleibt, gerade bei kulturellen Veranstaltungen oder Angeboten der Gemeinde. Die rechtzeitige Entwicklung von entsprechenden „Sozialkarten“ o.ä. muss auf unserer Agenda stehen.



Erschwerend kommt die demografische Entwicklung hinzu, die eindeutig ist: Der Anteil der Senioren wird drastisch steigen - in welchem Maße hängt davon ab, welche Statistik man heranzieht. Für uns als Kommune ist wichtig, darauf vorbereitet zu sein, dass gerade die Altersarmut ansteigen wird.

Die Vielzahl von Senioren stellt Anforderungen an unsere Infrastruktur. Zunehmendes Alter geht oft einher mit einer geringeren Mobilität. Mobilität bedeutet auch Teilhabe am sozialen Leben. Für uns GRÜNE heißt das, dass wir die Barrierefreiheit in allen öffentlichen Bereichen herstellen sollten. Das beginnt bei vernünftig abgesenkten Gehsteigen und endet beim Fahrstuhl. Vom barrierefreien Bahnhof, den sich alle wünschen, ganz abgesehen.

Die Gesellschaft der Zukunft wird eine andere sein als die Gesellschaft, in der wir aufgewachsen sind. Andere Wohnformen werden sich nach und nach durchsetzen. Gerade im Bereich der seniorenrechten Wohnformen. Neben den klassischen Modellen des betreuten Wohnens und des Alten- und Pflegeheims werden vermutlich Quartiersbezüge, Nachbarschaftslösungen u.v.m. Alternativen bieten.

Wir GRÜNE stehen solchen Konzepten aufgeschlossen gegenüber, da sie den Menschen ermöglichen, so lange wie möglich im gewohnten Bereich zu verbleiben. Diese Möglichkeiten möchten wir für Georgensgmünd ausloten und dort, wo es sich anbietet, umsetzen. Rechtzeitig, wohlgemerkt.

# UNSERE ZIELE FÜR FINANZEN UND INVESTITIONEN

## Wir wollen

- weiterhin verantwortungsvollen Umgang mit dem Geld der Bürger
- kontinuierliche Investitionen in Straßen und das Kanalsystem
- für die Schule ein Sanierungskonzept erarbeiten

## Was meinen wir damit?

Wir haben in den vergangenen Jahren als Gemeinde viele Investitionen getätigt und für diese aber auch Kredite aufnehmen müssen, die zurückbezahlt sein wollen – gerade vielleicht in Zeiten, in denen die Steuern nicht mehr sprudeln werden wie derzeit. Auch der Beschluss für das Hallenbad wird sich spürbar auswirken.

Wir glauben daher, dass weitere Großinvestitionen nur mit großer Bedacht vorgenommen werden können und erheblich von möglichen Zuschüssen abhängig sind und auch davon, welche Folgekosten sie mit sich bringen.

Manchmal ist es auch eine größere Herausforderung, eine Maßnahme trotz hoher Zuschüsse nicht durchzuführen, weil die Restfinanzierung uns zu sehr knebeln würde. Denn es liegen noch andere Aufgaben vor uns, die in unserer Daseinsvorsorge begründet sind, wie z.B. Kanäle und Straßen. Das heißt, dass der Abbau der Schulden und die Schaffung eines Rücklagenpolsters einer Phase der Großinvestitionen folgen muss.

Unter solider Finanzpolitik verstehen wir eine finanzielle Lage, die uns jederzeit unseren Handlungsspielraum erhält. Gerade deshalb ist es wichtig, rechtzeitig zu investieren, insbesondere in Kanäle und in Straßen.

Was unsere gemeindlichen Liegenschaften betrifft, so ist gerade das Schulgebäude ein Sorgenkind, das uns in der Zukunft erheblichen Sanierungsbedarf bescheren wird, allein heizungstechnisch stehen hier erhebliche Maßnahmen an. Doch wer genau hinsieht erkennt, dass das Gebäude einen grundsätzlichen Sanierungs- und Weiterentwicklungsbedarf hat. Dies zu erkennen und zu analysieren wäre jetzt an der Zeit, um ein vernünftiges Konzept zu erarbeiten, das eine sukzessive Sanierung erlaubt, zugleich aber Synergien nutzt.

Rechtzeitig. Und nicht dann, wenn die Technik schon komplett streikt und man die Klinken von den Türen ziehen kann.

Bei all dem gilt: Der gemeindliche Haushalt besteht aus den Geldern unserer BürgerInnen und Bürger. Es ist IHR Geld. Wir schulden Ihnen einen verantwortungsvollen Umgang damit.

UNSERE ZIELE  
FÜR MEHR EFFIZIENZ  
UND TRANSPARENZ  
IM RATHAUS

## Wir wollen

- Ausbau des Bürgerinformationssystems über die Ratsarbeit
- Verstärkung der interkommunalen Zusammenarbeit
- nachhaltige Beschaffung und Vergabekriterien

## Was meinen wir damit?

Transparenz ist in unserer modernen Gesellschaft ein wichtiger Faktor. Das Handeln der Verwaltung wie des Gemeinderats muss nachvollziehbar sein.

Falls Sie das „Bürgerinformationssystem“ der Gemeinde kennen, befinden Sie sich in einer komfortablen Situation. Viele BürgerInnen tun das nicht. Über das Bürgerinformationssystem können Sie sich die Informationen über den Gemeinderat und dessen Entscheidungen abholen. Gerade aber die Bürgerprotokolle sind in ihrer Aussagekraft bescheiden.

Wir wollen daher, dass in den Bürgerprotokollen auch die Abstimmungsergebnisse aufgeführt werden, da es durchaus zum Verständnis einer Entscheidung beitragen kann, wenn man weiß ob die Abstimmung einstimmig oder knapp erfolgte.

Das Bürgerprotokoll stellt einen knappen Auszug aus der öffentlichen Sitzung des Rates dar. Wir glauben, dass Georgensgmünd dem Verfahren anderer Kommunen folgen und das komplette Protokoll der öffentlichen Sitzung veröffentlichen könnte – und sollte (andere Kommunen belegen dies seit vielen

Jahren). Dies trägt maßgeblich zu transparentem Handeln des Gemeinderats und zu gut informierten Bürgern bei.

Übrigens: Wir GRÜNE haben uns von Anbeginn der Wahlperiode für mehr Transparenz verwendet. Dass der Haushalt öffentlich auch vorberaten wird, haben wir veranlasst. Auch das Einhalten der Gemeindeordnung hinsichtlich der Einordnung von öffentlichen / nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten war uns stets wichtig. Die Gemeindeordnung macht hier klare Vorgaben, die nur in seltenen Fällen Interpretationsspielraum lassen.

Andererseits aber gilt, dass bei Wahrung der persönlichen Belange Dritter oder zum Schutze des Wohls der Allgemeinheit Tagesordnungspunkte eben nicht in die Öffentlichkeit gehören. Hier hat dann auch die Transparenz ihre Grenzen.

Wir glauben weiterhin, dass die interkommunale Zusammenarbeit mittel- und langfristig intensiviert werden kann und muss. Gerade in Bereichen wie Kultur / Tourismus ist dies gut denkbar, aber auch andere Bereiche kämen infrage, wie beispielsweise beim Bauhof oder beim Standesamt. Dies spart den Bürgern aller beteiligten Kommunen Geld.

Natürlich soll die interkommunale Zusammenarbeit auch beim Ausweisen weiterer Gewerbeflächen eine Rolle spielen. Gmünd muss dabei auch nicht zwangsläufig immer den Flächengeber spielen.

UNSERE ZIELE  
UM DIE  
ATTRAKTIVITÄT  
UNSERER  
GEMEINDEWERKE ZU  
STEIGERN



## Wir wollen

- verbesserten Service, z.B. durch Bauherrenberatung und Wechselboni
- ermäßigten Eintritt ins Hallenbad für besonders engagierte ehrenamtliche Leistungsträger

## Was meinen wir damit?

Nicht jede Gemeinde hat ihre eigenen Werke. Die Gemeindewerke versorgen uns mit Elektrizität und Wasser und kümmern sich um die Abwasserentsorgung.

Neben dem E-Werk und dem Wasserwerk gehören auch Kläranlage und das Hallenbad zu dem Bereich. Ohne Zweifel wird in unseren Werken gute Arbeit geleistet. Wir glauben aber, dass in unseren globalisierten Zeiten und einer Vielzahl von Anbietern auf dem Energiesektor die Profilierung und die Behauptung auf dem Markt zunehmend schwierig sein werden.

Die Gemeindewerke sind zu 100% in kommunaler Hand und können nicht den „billigen Jakob“ geben. Wir sind jedoch der Auffassung, dass wir im Bereich des Service punkten können, z.B. durch die Beratung von Bauherren in Energiefragen in enger Zusammenarbeit mit Dritten, u.a. der Energieagentur des Landkreises

Gleichsam sollten auch wir als Anbieter auf dem Energiesektor die Möglichkeit von Wechselboni prüfen, so wie die allgemein auf dem Markt üblich sind. Zusätzliche Attraktivität könnten

Hallenbad-Dauerkarten zu ermäßigten Preisen für Kunden der Gemeindewerke bieten.

Letztlich ist ein ganz wesentlicher Faktor für uns jener, der die Attraktivität unserer Werke mit der Wertschätzung für bestimmte Berufsgruppen verknüpft: Wir glauben, dass wir jenen, die unsere Senioren und Kranken pflegen, dass jene, welche uns in Notsituationen helfen und dies oft ehrenamtlich und unter Lebensgefahr tun, ein Signal geben sollten, dass wir ihre Arbeit schätzen.

Deshalb sollten die Gemeindewerke diesen Berufsgruppen einen ermäßigten Eintritt in das Hallenbad anbieten.

# Fazit

Wir von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN interessieren uns für Inhalte. Deshalb haben wir dieses Wahlprogramm verfasst. Wir stellen es dem Trend des inhaltsleeren Wahlkampfs entgegen, der ausschließlich auf die Bekanntheit der Kandidaten, auf bunte Bilder und auf Phrasen setzt. Das ist nicht unser Verständnis von Kommunalpolitik. Obwohl viele unserer Kandidaten wohl bekannt und etliche davon erfahrene „alte Hasen“ sind.

Wir haben bei der Auswahl unserer Kandidat\*innen auf Ausgewogenheit geachtet. Zwischen Männern und Frauen, älteren und jüngeren Gmündern, Menschen unterschiedlicher Herkunft, die allesamt eines tun: Gmünd in seiner Vielfalt repräsentieren.

Wenn es um Gmünd geht – um unseren Heimatort – kann es nicht der wichtigste Aspekt sein, wer die bekanntesten Kandidaten präsentiert, wer in den meisten Vereinen tätig ist und wer als „Bäiderla aff alle Subbn“ zu finden ist. Gute Kommunalpolitik macht etwas anderes aus.

Es sollte darum gehen, wer praktische Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft bietet und Ideen entwickeln kann, um auch den Unbilden, die diese Zukunft mit sich bringen wird, mutig entgegenzutreten. Wir sind nicht „Jedermanns Liebling“ - aber wir können das.

Wir wollen, dass die Gmünder\*innen wissen, wofür wir GRÜNE stehen: was wir wollen – und was wir nicht wollen. Wir sind die Partei, die unsere Umwelt, unser Gmünd bewahren und entwickeln will. Dieses Gmünd braucht Ihre Stimmen. Deshalb bitten wir am 15. März um Ihre 20 Stimmen für starke GRÜNE.

Georgensgmünd, im Januar 2020

**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**  
**ORTSVERBAND GEORGENSGMÜND**